| WB-EZ-01-124-2 |

Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz 16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 123 bis 132:

Streitkräfte in der Europäischen Union für sinnvoll und für einen Teil der Antwort auf die internationalen Entwicklungen. Dabei geht es umWir werden Fähigkeiten auf EU-Ebene koordinieren, statt die Schaffung von militärischen und politischen Synergieeffekten Verschwendung öffentlicher Gelder bei der Rüstung fortzusetzen. Dies muss allerdings mit einer Stärkung der Mitspracherechte für das Europäische Parlament einhergehen.

Wir werden Fähigkeiten auf europäischer Ebene bündeln, statt die Verschwendung öffentlicher Gelder bei der Rüstung fortzusetzen. Es ist zynisch, wenn die Große Koalition die Zielmarke von 0,7 Prozent bei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit weit verpasst, dann aber bei der NATO verspricht, den Wehretat von 1,3 auf 2 Prozent zu erhöhen. Eine Erhöhung der Militärausgaben ist nicht sinnvoll und wir lehnen auch entsprechende Forderungen aus der NATO, die Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, ab.

In der Entwicklungspolitik der EU wollen wir eine Neuausrichtung für mehr Kohärenz, wirksame Armutsbekämpfung und eine nachhaltige Entwicklung. Wir stellen uns gegen den fatalen Paradigmenwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit der EU, Mittel zur Armutsbekämpfung für die Fluchtabwehr zweckzuentfremden.

Begründung

Den Entwurfstext kann man so verstehen, dass unsere Antwort auf die 2%-Debatte ist, die EU nicht durch mehr Geld sondern durch Synergien militärisch schlagkräftiger zu machen. Angesicht von fast 2 Millionen Soldat*innen unter Waffen und Dutzender unsinnig konkurrierender und inkompatibler Waffensysteme geht es jedoch in erster Linie nicht darum, diese alle koordiniert einzusetzen, sondern sie soweit wie möglich auch zu reduzieren. Darüber hinaus wollen wir, dass der Fokus dieser Textpassage nicht mehr so stark auf der militärischen Perspektive liegt. Die 2%-Debatte kommt hier ein von dreimal vor, kann also gestrichen werden. Sie ist an anderer Stelle besser aufgehoben.